

LANDESHAUPTAUSSCHUSS AM 14. JUNI 2003 IN FREIBURG

Antrag Nr. 1

Betr.: Energie für die Zukunft - Alternativen in der Umweltpolitik

Antragsteller: JuLi-Landesvorstand, LFA Umwelt-, Raumordnungs- und Energiepolitik,
Landesvorstand

Der Landeshauptausschuss möge beschließen:

Energie für die Zukunft - Alternativen in der Umweltpolitik

Präambel

Nach der Liberalisierung der Energiemärkte steht Deutschland vor richtungsweisenden und grundlegenden Entscheidungen im Energiesektor.

Dabei werden in den nächsten Jahrzehnten erhebliche Veränderungsprozesse zu bewältigen sein, um die Umstellung von den endlichen Ressourcen Kohle, Gas, Öl und Uran hin zu neuen Techniken der Energieerzeugung mit Schwerpunkt auf den regenerativen Energien zu erreichen. Um die Probleme der Energieversorgung zu lösen, bedarf es eines rationalen und ideologiefreien Konzepts mit Vorrang für das Prinzip der Nachhaltigkeit, ohne kurzfristige Lobbypolitik und mit einer globalen statt nationalen Ausrichtung. Die Menge an benötigter Energie wird auch in den kommenden Jahren vor allem wegen des wachsenden Bedarfs der Schwellen- und Entwicklungsländern steigen. Es gilt, diesen weltweit wachsenden Bedarf durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, durch eine Steigerung der Energieeffizienz sowie durch die marktwirtschaftliche Förderung erneuerbarer Energien zu decken.

Ein Wandel von der jetzigen Energiepolitik zu einem Ressourcen schonendem Konzept ist ein langfristiger Prozess. Erforderlich dabei ist jedoch eine frühzeitige Weichenstellung durch politische und gesellschaftliche Initiativen, die diesen Prozess anstoßen und offensiv vorantreiben.

Grundsätze

?? Die FDP will eine Energieversorgung, die gleichberechtigt ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien gerecht wird.

?? Im Rahmen einer an dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Politik sprechen wir uns für eine Förderung und den konsequenten Ausbau Ressourcen schonender Energiegewinnungsformen aus, um auch zukünftigen Generationen eine weiterhin steigende Lebensqualität zu sichern.

?? Ebenso ist das System der sozialen Marktwirtschaft im Interesse der Umwelt weiterzuentwickeln. Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung müssen sich künftig gemäß dem von der FDP geforderten Verursacherprinzip (Internalisierung der externen Kosten) in umwelttehrlichen Preisen niederschlagen. Diese Auffassung spiegelt sich auch im Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum „Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)“ wider, das die Mehrbelastung der Verbraucher für umweltfreundlich erzeugte Energie im Sinne des Verursacherprinzips bis zur Höhe der eingesparten externen Kosten rechtfertigt.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

Vorraussetzung dafür ist die Entwicklung und Auswahl geeigneter und praktikabler Verfahren, um externe Kosten korrekt ermitteln und entsprechend zurechnen zu können.

?? Die FDP spricht sich für eine offensive Forschung und Förderung neuer Techniken der Energiegewinnung aus. Hier sieht sie eine entscheidende Möglichkeit, fossile Energieträger durch umweltfreundliche Energieerzeugung abzulösen. Nutzen und Risiken der jeweiligen Technik müssen dabei ohne ideologische Scheuklappen erforscht und transparent gemacht werden.

?? Längerfristige Subventionen sollen abgeschafft werden. Im Rahmen eines funktionierenden Wettbewerbs dürfen Subventionen und steuerliche Begünstigungen nur noch als zeitlich begrenzte Markteinführungshilfen für neue und umweltschonende Energiegewinnungsformen gewährt werden. Der Staat darf den Energiemarkt nicht über Verordnungen knebeln, sondern muss ihm die Möglichkeit geben, sich bei umweltehrlichen Preisen durch Wettbewerb selbst zu regulieren.

1. Wettbewerb ermöglichen

Die Liberalisierung des Strommarktes wirkt sich für den Verbraucher kaum noch aus. Anfängliche Preisminderungen durch Aufhebung der monopolistischen Struktur wurden durch Steuern und neue Behinderungen des Wettbewerbs im Energiesektor weitgehend kompensiert.

Immer weniger und damit größere Energieversorgungsunternehmen (EVUs) versuchen derzeit, durch Fusionen eine marktbeherrschende Position anzustreben und den Neueintritt von Konkurrenten in den Markt zu erschweren.

Die EVUs, welche meist auch Inhaber der bestehenden Leitungsnetze sind, verlangen von anderen Wettbewerbern oftmals unangemessen hohe Durchleitungsgebühren für die Bereitstellung von Strom. Gerade für kleinere Unternehmen ohne eigenes Leitungsnetz ist dies eine entscheidende Markteintrittsbarriere. Die FDP fordert daher:

?? Einen fairen Wettbewerb im leitungsgebundenen Energiemarkt durch die Nutzung und Weiterentwicklung freiwilliger Vereinbarungen speziell im Strommarkt sicherzustellen. Dabei muss vor allem bei der Einspeisung von regenerativ erzeugtem Strom eine Diskriminierung verhindert werden.

?? Nach der durch die EU-Regeln eingetretenen Liberalisierung des Energiemarktes muss jeglicher neuer Monopolisierung des Marktes durch Fusionen, wie zuletzt bei Eon und Ruhrgas, rechtzeitig entgegen getreten werden

?? Subventionen für Energien wie Kohle müssen umgehend reduziert werden. Die FDP lehnt es ab, jährlich mehrere Milliarden Euro in die künstliche Lebenserhaltung der Kohleproduktion zu stecken, anstatt sie beispielsweise in die Förderung von zukunftsträchtiger Energiegewinnung zu investieren.

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

?? Eine zügige Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in der Europäischen Union. In den verschiedenen Ländern Europas ist die Liberalisierung der Strommärkte unterschiedlich weit fortgeschritten. Ohne eine europäische Liberalisierung kann ein länderübergreifender Wettbewerb nicht stattfinden. Stattdessen können einige, durch Monopolstellung geschützte staatliche Unternehmen wie z.B. die EDF in Frankreich in andere Märkte eindringen, ohne eigenen Wettbewerb fürchten zu müssen. Wir fordern daher eine schnellere Umsetzung der vollständigen europaweiten Liberalisierung, die bislang erst für das Jahr 2006 vorgesehen ist.

2. Förderung regenerativer Energien

Die Energieversorgung der Zukunft wird zu einem bedeutenden Teil auf den regenerativen Energien (RE) beruhen, die ihre Kraft aus Wind, Wasser und Sonnenstrahlung, sowie Erdwärme, Biomasse und Biogas beziehen. Ihr Anteil an der Primärenergie in Baden-Württemberg lag im Jahre 2001 bei ca. 3 %. Das Ziel der Landesregierung ist die Verdopplung auf 6 Prozent bei der Primärenergie bzw. auf 12 Prozent bei der Stromerzeugung. Europaweit ist das Potenzial an RE deutlich höher und entsprechend ist die EU-Zielsetzung jeweils doppelt so hoch. Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages hat dazu festgestellt, dass langfristige Erwartungen im Sinne eines Anstiegs des Anteils der RE auf etwa 50 % bis zum Jahre 2050 unter der Voraussetzung berechtigt sind, dass wirksame Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur durchgreifenden Erhöhung der Energieeffizienz ergriffen werden. Um den Ausbau des Anteils der RE zu forcieren und somit den Anteil des klimaschädlichen fossilen Energieverbrauchs zurückzuführen, fordert die FDP:

?? Die Rahmenbedingungen so gestalten, dass in naher Zukunft regenerative Energien wettbewerbsfähig werden. Hierfür wird ein wesentlicher Beitrag von der Klimapolitik erwartet, welche die CO₂-Emission durch den Einsatz handelbarer Zertifikate zu einem Kostenfaktor macht. Entscheidender Faktor dabei sind die konkreten politischen Vorgaben der angestrebten CO₂-Reduktion (Zeit, Menge), durch die der Wert einer Reduktionstonne bestimmt wird.

?? Die Forschung an RE weiter auszubauen. Der Forschungsetat für RE wurde in den letzten Jahren im Rahmen allgemeiner Haushaltskürzungen deutlich zurückgefahren. Die aktuellen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass vor allem durch intensive Forschung enorme Fortschritte bei der Erschließung neuer Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energieträger gemacht werden konnten. Hier ist noch ein deutliches Potential für die Zukunft vorhanden. Gerade im Bereich der Photovoltaik kommt es darauf an, das bestehende Problem der hohen Kosten bei der Herstellung durch größere Serien zu vermindern und damit ein größeres Marktpotenzial zu erschließen. Eine in diesem Sinne entschlossene Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (CDM und JI) bietet für die beteiligten Sender herausragende CHANCEN um substantielle Beiträge zum internationalen Klimaschutz zu leisten und zugleich wirtschaftlich zu profitieren. Dies wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung in Deutschland aus.

.../4

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

?? Markteinführungshilfen für neue und umweltfreundliche Energietechnologien. Neue Techniken der Energiegewinnung haben bei der Entwicklung weitaus höhere Kosten als die etablierte Stromerzeugung, die sich jedoch bei einem wachsenden Markt durch Serienproduktion und technische Fortschritte kontinuierlich vermindern. Um diesen Techniken ein Marktpotential zu öffnen, fordert die FDP zeitlich begrenzte Markteinführungshilfen. Dabei geht es um eine Technologie offene Förderung innovativer Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie darum, etablierten technischen Verfahren eine eigenständige Marktteilnahme zu ermöglichen. Für den Bau von Biomasse-Heizanlagen und Biogas-Anlagen sind staatliche Ausfallbürgschaften notwendig. Diese sind mit einem geringen Ausfallrisiko behaftet, stoßen dafür aber ein enormes Investitionsvolumen an.

?? Im Bereich der Windenergie eine Förderung von Offshore Parks zu prüfen, wobei eine Abwägung zwischen Interessen der regenerativen Energien und des Naturschutzes erfolgen muss. Hierdurch wird auch dem ästhetischen Empfinden vieler Bürger Rechnung getragen. Denn gerade die Windräder an exponierten Standorten wie beispielsweise auf Bergrücken in touristisch attraktiven Gebieten wie dem Schwarzwald oder der Schwäbischen Alb werden von den Bürgern häufig als störend empfunden. Hier sehen sich die Liberalen in der Pflicht, das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit des Ausbaus von Windenergie und der Landschaftsästhetik aufzulösen, indem sie bei der Ausweisung von neuen Standorten mit Augenmaß vorgehen.

3. Holz als Rohstoff der Zukunft

Nur sehr langsam dringt die Erkenntnis in das öffentliche Bewusstsein, dass Holz ein idealer Rohstoff ist, der bei nachhaltiger Bewirtschaftung der Wälder dem Grundsatz der ökologischen Marktwirtschaft gerecht wird. So ist es beispielsweise dank moderner Verbrennungstechniken möglich, das im Ökokreislauf CO₂-neutrale Holz in Heizungsanlagen als emissionsneutralen Brennstoff einzusetzen. Außerdem eignet sich Holz als Baustoff mit hervorragenden Eigenschaften und ist dabei in der Herstellung und Verwendung erheblich weniger energieintensiv als zum Beispiel Stahl oder Beton. Die Verwendung von Holz als Baustoff eignet sich deshalb zur Verringerung des CO₂-Anteils in der Luft, da Holz bei seiner Entstehung durch die Photosynthese das Kohlendioxid aus der Luft bindet. Daher fordert die FDP, dass die Einführung und Verbreitung des schnell nachwachsenden Rohstoffes Holz von Seiten der politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen unterstützt und nachhaltig gefördert wird.

4. Energieeinsparungsmaßnahmen und Effizienzsteigerung

Ein zukunftsweisendes Energiekonzept sollte nicht nur eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Stromproduktion beinhalten, sondern muss auch der Energieeinsparung einen hohen Stellenwert einräumen. In diesem Bereich besteht nach wie vor ein großes Potenzial.

Zur Verwirklichung einer effizienteren Energienutzung fordert die FDP daher:

?? Eine konsequente Altbaumodernisierung und Förderung von Niedrigenergiehäusern im Neubaubereich. Allein durch den Einbau von modernen Heizanlagen und dem Einsatz

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

1
2
3
4 ?? geeigneter Wärmedämmstoffe in den Fassaden und in Fenstern von Altbauten, können
5 die Schadstoffemissionen (CO₂,SO₂,NO_x) sehr stark reduziert werden. Als Vorbild für
6 politische Handlungsmöglichkeiten sollte dabei das von der baden-württembergischen
7 Landesregierung aufgelegte Altbaumodernisierungsprogramm dienen. Allerdings muss die
8 Mittelbereitstellung erheblich ausgeweitet und im Haushalt abgesichert werden.
9

10 ?? Bundesregierung, Landesregierungen und die nachgeordneten Verwaltungen werden dazu
11 aufgerufen, die Bemühungen auf dem Gebiet der Energieeinsparungsmaßnahmen
12 erheblich zu steigern. Dabei gilt es, das national vorgegebene Reduktionsziel der CO₂-
13 Emissionen um 25% gegenüber dem Basisjahr 1990 bis 2005 zu erreichen.
14

15 ?? Eine EU-weite Kennzeichnungspflicht für den Energie- und Standby-Verbrauch, wie sie
16 schon lange bei den klassischen Haushaltsgeräten üblich ist. Fernseher, Faxgeräte,
17 Computer etc. verbrauchen im Stand-By Betrieb eine geringe Menge an Energie, die sich
18 jedoch zusammen für alle installierten Geräte in der Bundesrepublik zu einem
19 Stromverbrauch addiert, der ungefähr dem der Stadt Berlin entspricht. Die heute schon
20 vorhandenen technischen Möglichkeiten, den Stromverbrauch im Stand-By-Betrieb um
21 bis zu 90 Prozent zu senken müssen konsequent genutzt werden. Die FDP tritt daher für
22 ein Ökosiegel vergleichbar dem blauen Engel für besonders sparsame Geräte ein.
23 Dadurch hätten die Verbraucher eine bessere Möglichkeit, sich für umweltschonende und
24 den eigenen Geldbeutel entlastende Varianten zu entscheiden.
25

26 ?? Einen verstärkten Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK), die mit
27 Wirkungsgraden von teilweise weit über 80 % erheblich effizienter arbeiten als andere
28 konventionelle Kraftwerke. Deren bislang unzureichende Wettbewerbsfähigkeit ließe sich
29 verbessern, wenn beispielsweise zur Optimierung der betrieblichen Energieversorgung
30 verstärkt auf die Unterstützung durch sogenannte Energie-Contracting-Unternehmen
31 zurückgegriffen würde. Diese mindern die energiebedingten Betriebskosten. Auf diesem
32 Wege werden dezentrale und kosteneffiziente Versorgungsstrukturen geschaffen und
33 gefestigt, deren zugleich höhere Energieeffizienz die Umwelt entlastet.
34

35 **5. Europäisch gemeinsam vorgehen bei der CO₂-Reduzierung**
36

37 Der Staat besteuert derzeit den Energieverbrauch nahezu willkürlich mit Ökosteuer, Mehrwert-
38 und Mineralölsteuer. Diese mangelnde Systematik halten die Liberalen für einen Missstand, der
39 dringend behoben werden muss. Die FDP ist davon überzeugt, dass eine Nutzung
40 mengensteuernder Instrumente (Zertifikate) die Erreichung umweltpolitischer Ziele bei
41 gleichzeitiger Minimierung der Kosten auch auf europäischer Ebene am besten garantiert. Die
42 FDP begrüßt daher die geplante Einführung des Zertifikatesystems und fordert die
43 Bundesregierung auf, das Zertifikatesystem endlich auch in Deutschland umzusetzen.
44

45 Die CO₂-Emissionszertifikate verstehen die Liberalen als Einstieg in ein umfassendes System,
46 um von den bisherigen ordnungspolitischen Mitteln der Umweltpolitik wegzukommen. Externe
47 Kosten der Umweltbelastung sollen in diesem System der Umweltnutzungsrechte künftig bei der
48 Herstellung von Gütern stärker berücksichtigt werden.
49

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

Die erteilten Lizenzen reduzieren sich jährlich und vermindern somit die gesamt ausgestoßenen Schadstoffe und den Ressourcenverbrauch. Untenehmen, die die vorgegebenen Grenzwerte unterschreiten, können ihre Lizenzen an einer Börse veräußern und somit zusätzliche Erträge erzielen. Statt der bisherigen Umweltbürokratie wird ein dynamischer Markt geschaffen, in dem sich Investitionen in den Umweltschutz lohnen.

6. Stromerzeugung durch Kernfusion

Die FDP sieht aber neben den RE auch in der Stromerzeugung durch Kernfusion eine zukunftsweisende Alternative gegenüber den bisherigen konventionellen Methoden der Stromerzeugung durch fossile Brennstoffe und Kernkraft.

Bei der Kernfusion entstehen keine hochaktiven Abfälle, das Restrisiko eines unkontrollierbaren Kontaminierungsfalls ist ebenfalls nicht gegeben. Zudem werden geringe Ressourcen verbraucht und minimale Emissionen ausgestoßen.

Nach Ansicht der FDP muss sich Deutschland gerade im Bereich solcher Spitzentechnologie als Standort für Wissenschaft und Forschung präsentieren und darf sich nicht aufgrund irrationaler Ängste von der internationalen Bühne verabschieden. Nur wenn wir heute den Mut aufbringen, in die Technik von morgen zu investieren, werden wir die Probleme der Energieversorgung lösen. Daher fordert die FDP eine finanzielle Stärkung der Grundlagenforschung auf diesem Gebiet.

Zudem fordern wir eine stärkere Beteiligung an dem derzeit geplanten ITER-Projekts zur Realisierung eines weiteren Testreaktors.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig